

## **PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES**

---

Montag, 6. November 2006, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 26. Oktober 2006 und 2. November 2006 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

---

Zur Sitzung sind erschienen:

<b>Präsident</b>	Herr Probst Andrea
<b>Stimmzähler</b>	Herr Rosser Bruno und Frau Rüfenacht Andrea
<b>Mitglieder des Stadtrates</b>	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Albrecht Susanne, Bachmann Véronique, Bär Walter, Baumann Walter, Berger Stefan, Biedermann Peter, Buschor Daniel, Caesar Priska, Dätwyler Käthy, Dubach Roland, Friedli Daniel, Gilomen Heinz, Grimm Christoph, Grimm Thomas, Haller Dieter, Hänzi Therese, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Keller Hansjörg, Kolb Martin, Leibundgut Remo, Mumenthaler Mirjam, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Penner Nadaw, Probst Rudolf, Rauch Wilhelm, Reusser Gabriele, Rutschmann Gabriela, Schnell Vinzenz, Schwertfeger Doris, Wenger Annelies, Zurbrügg Christoph, Zurbrügg Patrizia und Zwahlen Michel
<b>Entschuldigt</b>	Frau Buser Madeleine
<b>Mitglieder des Gemeinderates</b>	Damen und Herren Grimm Markus, Haldimann Franz, Kummer Hugo, Rechner Beatrix, Schütz Baumgartner Barbara, Urech Peter und Zäch Elisabeth
<b>Entschuldigt</b>	-
<b>Stadtschreiber</b>	Herr Schenk Roman
<b>Auskunftspersonen</b>	Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion diverse Verwaltungsangestellte im Publikum
<b>Protokoll</b>	Frau Henzi Brigitte

## TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 18. September 2006	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Kommission für Soziales; Ersatzwahl	Seite	4
5. Aufhebung des Reglements über die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule	Seite	4
6. Verzichtspannung 2008	Seite	4
7. Voranschlag 2007	Seite	8
8. Kreditabrechnungen a) Friedhof, Bereitstellen von Gräberfeldern III. Abteilung, 2. Bauetappe b) Freibadsanierung	Seite	12
9. Auftrag der SVP / FDP betreffend Nutzungskonzept Schloss; Diskussion und Beschlussfassung	Seite	12
10. Auftrag Dieter Haller und Mitunterzeichnende betreffend ein aktives Wohnortsmarketing für die Zielgruppe Familie	Seite	13
11. Dringliche Interpellation Christoph Grimm, GFL, betreffend Informationsfluss Gemeinderat - Grossrat	Seite	13
12. Interpellation Thomas Grimm, EVP, betreffend „Der Auftritt der Stadt Burgdorf an der MUBA 2006“	Seite	14
13. Interpellation Thomas Grimm, EVP, betreffend „Burgdorf active since 1175 – wie lange noch?“	Seite	15
14. Interpellation Patrizia Zurbrügg (FDP, JF) betreffend Musik auf dem Hofstattplatz an der Solätte	Seite	15
15. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	16

\* \* \*

---

## Verhandlungen

### Appell

Der durch die Stimmzählerin Rüfenacht Andrea durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 39 Mitgliedern des Stadtrates.

Der Rat ist beschlussfähig.

---

### Traktandenliste

Es erfolgen keinerlei Änderungsanträge.

---

#### 1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 18. September 2006

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

**Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 18. September 2006.**

---

#### 2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Probst Andrea begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, sowie die diversen Verwaltungsangestellte im Publikum.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der morgige Abend zusätzlich reserviert ist und wenn nötig auch benützt wird. Der Verlauf der heutigen Sitzung wird zeigen, ob der Stadtrat (SR) Morgen ebenfalls tagt. Stadträtin Buser Madeleine sowie die Stadträte Baumann Walter und Probst Andrea haben sich in den letzten Tagen an den Rippen verletzt. Man wünscht gute Besserung. Im weiteren wird betreffend der Terminplanung 2007 des SR informiert, dass der 17. September 2007 angesichts der vierwöchigen Herbstferien in Burgdorf in die erste Woche der Herbstferien fällt. Dieses Datum wird ausnahmsweise beibehalten. Der Vorsitzende orientiert über das traditionelle Jahresschlusssessen des SR anlässlich der SR-Sitzung vom 18. Dezember 2006. Die Einladung wurde verteilt. Die NPM-Schulung vom 23. Oktober 2006 wurde als gut empfunden und hat viel gebracht. Den Verantwortlichen wird gedankt.

---

#### 3. Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara informiert über die Pensionskasse. Anlässlich der Entlassung von Rickenbacher Max beim Regionalspital Burgdorf wurde die Stadt angefragt, wie es für die Stadt Burgdorf aussieht, da diese ebenfalls bei der Pensionskasse Region Emmental versichert ist. Es ist wichtig zu wissen, dass die Pensionskasse eine gesunde Finanzstruktur aufweist. Der Deckungsgrad liegt per Ende 2005 bei 107%. In den letzten Jahren bestand bis auf ein bis zwei Ausnahmen immer eine Überdeckung. Dank dieser guten Finanzlage hat die Pensionskasse ab 1997 Rabatte auf den reglementarischen Beitragssätze gegenüber den Arbeitgebern und Versicherten gewährt. Die Stadt Burgdorf hat dadurch in den Jahren 1997 bis 2003 rund 1 Mio. Franken gespart. Auf Seite der Arbeitnehmern konnten rund Fr. 600'000.-- eingespart werden. Die Pensionskasse hat anfangs 2004 die Rabatte teilweise aufgehoben, weil durch die Börsenkrise eine Unterdeckung absehbar war. Anfangs 2006 wurden die Rabatte komplett aufgehoben. Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen nun wieder die im Reglement vorgesehenen Beiträge. Das Amt für Sozialversicherung, als Oberaufsichtsbehörde der Pensionskassen, hat aufgrund der leichten Unterdeckung im November 2003 verfügt, dass die Rabatte aufgehoben werden müssen. Der Stiftungsrat hat darüber diskutiert und ist zum Schluss gekommen, dass einerseits die Budget der angeschlossenen Arbeitgebern bereits genehmigt sind und andererseits die leichte Unterdeckung nicht durch rigorose Massnahmen aufgefangen werden muss. Der Stiftungsrat hat beschlossen, die Rabatte stufenweise aufzuheben. Dieses Vorgehen hat zu einem Beschwerdeverfahren geführt. Im April 2005 hat die Beschwerdekommision die Be-

schwerde der Pensionskasse abgewiesen. Der Stiftungsrat der Pensionskasse war der Meinung, da die Pensionskasse inzwischen wieder eine Überdeckung aufwies, dass kein Handeln mehr notwendig war. Das Amt für Sozialversicherung hat aber verlangt, dass die Verfügung durchgezogen werden muss. Der Stiftungsrat hat deshalb beschlossen, die Rückforderungen der Rabatte einzufordern. Die betroffenen Arbeitgeber wurden informiert. Von der Stadt Burgdorf werden rund Fr. 270'000.-- zurückgefordert. Die Stadt Burgdorf war immer über den Sachverhalt bei der Pensionskasse informiert. Die Stadt Burgdorf hat jedoch verzichtet, Rückstellungen vorzunehmen. Die Rückzahlungen werden in diesem Jahr fällig. Es wird ein Nachkredit über den ordentlichen Weg zur Rechnung 2006 beantragt.

---

#### **4. Kommission für Soziales; Ersatzwahl**

Durch die Demission von Herrn Herrmann Hans schlägt die SVP Frau Schüle Monika, Treuhänderin, Lochbachstrasse 32, Oberburg, SVP, als Mitglied der Kommission für Soziales vor.

**Einstimmig wird Frau Monika Schüle als Mitglied der Kommission für Soziales gewählt.**

---

#### **5. Aufhebung des Reglements über die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule**

Seitens der GPK, des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

**Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Aufhebung des Reglements über die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule.**

---

#### **6. Verzichtsplanning 2008**

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass im März 2006 eine dringliche Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht wurde: *Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Verzichtsplanning vorzulegen, die ohne Steuererhöhung innerhalb von zwei Jahren zu einem ausgeglichenen Voranschlag führt.* An der Stadtratssitzung vom 22. Mai 2006 hat der Gemeinderat (GR) ausführlich informiert. Diese Information kann in der Vorlage nachgelesen werden. Der GR hat dem SR empfohlen, die Motion abzulehnen. Die Motion wurde dennoch knapp überwiesen. An der heutigen Stadtratssitzung liegt die Antwort des GR vor. Der GR hat keine konkreten Sparvorschläge unterbreitet, wie es die Motion eigentlich verlangt hätte. In diesem Sinn ist die Motion gemäss Wortlaut nicht erfüllt. Die vorgeschlagene Lösung des GR entspricht grundsätzlich nicht dem Ansinnen der Motionären. Im Prinzip wurde verlangt, dass der GR konkrete Sparvorschläge unterbreitet. Der GR hat den Spiess umgedreht und schlägt eine nichtständige stadträtliche Kommission vor, welche die Verzichtsplanning vorbereiten soll. Damit wird die Motion abgeändert, da nicht mehr der GR, sondern der SR bzw. die Kommission die Verzichtsplanning vorbereiten soll. Die GPK hat über diese Lösung eine längere Diskussion geführt. Der erste Gedanke der GPK war, dass sich der GR aus seiner Verantwortung zieht und die Aufgabe an den SR weiterleitet. Nach reiflicher Überlegung wird aber klar, dass die vom GR vorgeschlagene Lösung klug, sinnvoll und politisch korrekt ist. Es ist ein politischer Entscheid, wenn im grösseren Umfang gespart werden soll. Dieser politische Entscheid muss der SR treffen. Die vorgeschlagene Zusammensetzung der Kommission gewährleistet, dass die Sparvorschläge bereits politisch breit abgestützt sind und die Akzeptanz im SR gross sein wird. Somit besteht eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass die Verzichtsplanning effizient durchgeführt wird. Eine gewisse Vorarbeit für die neue Kommission wurde bereits erledigt. Dem SR liegt ein 180-seitiges Dossier mit den theoretischen Verzichtsmöglichkeiten flächendeckend über die ganze Verwaltung vor. Die Qualität dieses Dossiers ist unterschiedlich zu beurteilen. Einzelne Direktionen unterbreiten bereits gute Sparvorschläge und andere Direktionen behaupten, dass kein Sparpotenzial vorhanden ist. Das Dossier gilt aber als Einstieg für die neue Kommission. Die GPK unterstützt einstimmig bei einer Abwesenheit die Anträge des GR. Bei der vorgeschlagenen Terminplanung sieht die GPK aber ein Problem. Wenn der SR an der heutigen Stadtratssitzung den Anträgen des GR zustimmt, ist es nicht realistisch von der neuen Kommission zu erwarten, dass bereits bis am 22. Januar 2007 konkrete, seriöse und ausdiskutierte Sparvorschläge für das Budget 2008 erarbeitet werden. Es stellt sich die Frage, ob die Anträge reglementarisch durchführbar sind. Die neue nichtständige stadträtliche Kommission sollte bereits heute gegründet, sowie die Mitglieder gewählt werden. Die Mitglieder der neuen Kommission sollten auch in den nächsten zwei Jahren im SR politisch präsent sein. Die zukünftigen Mitglieder sollten so rasch als möglich das Dossier zur theoretischen Verzichtsplanning erhalten. Die erste Sit-

zung der neuen Kommission sollte so schnell als möglich stattfinden. Da die NPM-Schulung vom 20. November 2006 abgesagt und der Termin von den Mitglieder des SR reserviert wurde, wäre dieses Datum möglich für die erste Sitzung. Die Präsentation der Verzichtspanung im SR vom 22. Januar 2007 ist auf den 26. Februar 2007 oder 26. März 2007 zu verschieben. Der Kommission soll es möglich sein seriös zu arbeiten. Es ist nicht eine zwingende Aufgabe der Kommission, aufbiegen und brechen einen ausgeglichenen Voranschlag 2008 zu erarbeiten. Es stehen wichtige Investitionen an, welche über die Abschreibungen das Budget belasten. Letztendlich soll das Motto der Kommission sein, den Bilanzfehlbetrag so klein als möglich zu halten. Die GPK unterstützt einstimmig die Anträge des GR und empfiehlt dem SR, unter Vorbehalt der Zeitplanung, die Vorlage zur Annahme.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz teilt mit, dass der ausführlich begründete Antrag des GR schriftlich vorliegt. Der GR hat den Spiess nicht umgedreht. Die Stadt Burgdorf hat ein neues Rechnungssystem nach NPM und dieses ist neu Output gesteuert. Der GR und SR muss dieses System erlernen. Dem Bericht wird mangelnde Qualität vorgeworfen. Dieser Vorwurf wird zurückgewiesen, denn das Parlament hat die Verzichtspanung überwiesen und die Verwaltung dadurch unter Zeitdruck gestellt. Der Bericht wurde mit einem gewaltigen Einsatz aller Direktionen innert kürzester Zeit erstellt. Es ist normal, dass noch Fehler vorhanden sind, aber es ist nicht fair, dem GR und der Verwaltung mangelnde Qualität vorzuwerfen. Der GR lehnte die Motion ab, weil die Finanzen der Stadt Burgdorf mit einem Eigenkapital von 11 Mio. Franken im Gleichgewicht sind. Die anstehenden Investitionen bedingt den Einsatz des Eigenkapitals. Die Untauglichkeit eines ausgeglichenen Voranschlags als Steuerungsinstrument und die aktuell fehlende Notwendigkeit der Verzichtspanung sind klar. Die Haltung des GR hat sich nicht geändert. Die Forderungen der Motion werden zum falschen Zeitpunkt gemacht. Die Motion stellt eine Verschärfung der Gemeindeordnung Art. 54 dar. Die Burgdorfer Bevölkerung versteht unter einem ausgeglichenen Finanzhaushalt nicht das gleiche wie die Mehrheit des SR. Falls nach 2008 ein ausgeglichenes Budget verlangt wird, müsste man bei der Burgdorfer Bevölkerung eine Anpassung der Gemeindeordnung beantragen. Der GR kommt der Forderung der Motion mit einem Prozess in zwei Schritten 2007 und 2008 nach. Im ersten Schritt bezeichnet der SR gestützt auf eine inzwischen erarbeitete flächendeckende Übersicht über die theoretischen Verzichtsmöglichkeiten in sämtlichen Produkten die Verzichtsschwerpunkte, in denen konkrete Verzichtsvorschläge mit dem Budget 2008 erwartet werden. Ein Verzichtsschwerpunkt ist noch kein Verzichtsbeschluss. Es geht darum, dem GR Vorgaben zu liefern, wo detaillierte Verzichte geprüft werden sollen. Der SR soll Verzichtsschwerpunkte bezeichnen, wo diese auch politisch gut abgestützt werden. Der SR soll mitentscheiden. Im zweiten Schritt zeigt der GR zusammen mit dem Budget 2008 die konkreten Verzichtsmöglichkeiten mit dem Sparpotenzial in den vom SR bezeichneten Verzichtsschwerpunkten auf und stellt seine Anträge. Der SR entscheidet im November 2007 über die Verzichte, die er politisch verantworten kann, um sein Ziel eines ausgeglichenen Budgets 2008 zu erreichen. Der SR soll als Grundlage für die Verzichtspanung einen Überblick über alle theoretisch beeinflussbaren Aufgaben bzw. Verzichtsmöglichkeiten erhalten. Das versetzt ihn in die Lage, allfällige Verzichte aus einer Gesamtschau zu beschliessen. Alle Verzichtsentscheide sollen im SR politisch gut abgestützt werden. Die Verzichtspanung soll effizient ablaufen. Die für die Verzichtspanung notwendige flächendeckende Sicht umfasst insgesamt 67 Produkte. Unter diesen Umständen geht der GR davon aus, dass eine Vorberatung von Verzichtsschwerpunkten durch eine nichtständige stadträtliche Kommission unumgänglich ist. Der GR stellt deshalb den Antrag zur Bildung dieser Kommission. Die ressortverantwortlichen Gemeinderatsmitglieder und die Fachpersonen aus der Verwaltung stehen bei Fragen zur Verfügung. Bei der in den Grundlageakten ersichtliche Übersicht über die theoretischen Verzichtsmöglichkeiten handelt es sich um einen ersten Entwurf. Zudem handelt es sich um eine subjektive Beurteilung aus der Sicht der Verwaltung. Der Bericht kann und soll im weiteren Verlauf hinterfragt werden. Der GR ist der Meinung, dass die vorgeschlagenen Verzichtsmöglichkeiten ausreichen und keine weiteren nötig sind. Der GR bittet den SR, den Anträgen zuzustimmen.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP- und SVP-Fraktion, informiert, dass sie im ersten Moment etwas erstaunt über die Antwort des GR waren. Von der Motion wurde tatsächlich etwas anderes erwartet. Vom GR wurden konkrete Sparvorschläge erwartet. In einem ersten Schritt wurden die möglichen Verzichtsmöglichkeiten erarbeitet. Die Qualität des Berichtes ist je nach Direktion recht unterschiedlich. Nach längerer Diskussion kam man zum Schluss, dass die Einsetzung der nichtständigen stadträtlichen Kommission gut ist. Die Kommission erleichtert dem GR die Umsetzung der Verzichtspanung, da die Massnahmen politisch breit abgestützt sind und deshalb bei der Budgetdebatte im nächsten Jahr eher angenommen werden. Die Fraktion ist deshalb bereit, die anstehende Knochenarbeit mit der Kommission in Angriff zu nehmen. Die Fraktion hat die Mitglieder für die Kommission bestimmt. Der Termin in den Anträgen des GR werden jedoch abgelehnt. Es ist absolut unrealistisch, dass die Kommission bis am 22. Januar 2007 die Vorschläge vorlegen kann. Es wäre optimal, wenn dieser Termin auf den 26. März 2007 verschoben werden könnte. Aufgrund der geführten Diskussion

mit der Verwaltung wäre der Sitzungstermin vom 26. Februar 2007 eine Kompromisslösung, damit die Verwaltung genügend Zeit hat für die Umsetzung. Die Bürgerliche Fraktion wird in der Kommission engagiert mitarbeiten und Vorschläge erarbeiten. Vom GR wird bei der Umsetzung eine gewisse Kreativität verlangt und soll sich nicht hinter den NPM-Grundsätzen verschanzen. Gewisse Dienstleistungen sind nicht in Frage gestellt, aber könnten eventuell effizienter und billiger erbracht werden. Gewisses Einsparpotenzial bei den Dienstleistungen ist vorhanden. Die Anträge des GR werden bis auf die Terminplanung unterstützt.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, war beeindruckt über das 180-seitige Dokument. Es stellt sich aber die Frage, ob das die Idee eines Vorstosses vom SR ist. Zudem sind die Erwartungen an den Bericht hoch. Vom Inhalt wird viel Substanz gefordert. Man muss sich bewusst sein, dass man manchmal gar nicht das ausdrückt, wo man schreibt und dann überrascht wird über die Antwort. Der GR trägt eigentlich dem Begehren des Vorstosses Rechnung, aber die inhaltlichen Zielsetzungen werden nicht erfüllt. Der GR unterbreitet einen Vorschlag nach NPM-Grundsätzen. Der eingereichte Vorstoss ist noch nach alten Grundsätzen eingereicht worden. Der Vorschlag des GR ist seitens der EVP-Fraktion gut angekommen. Die EVP-Fraktion wird sich an der nichtständigen stadträtlichen Kommission beteiligen. Beim Sparen gibt es viele Möglichkeiten. Es ist legitim, dass der GR den SR entscheiden lässt, wo gespart werden soll.

Stadtrat Probst Rudolf, namens der SP-Fraktion, informiert, dass sie bereits im Mai erklärt haben, warum das Verlangen eines ausgeglichenen Budget falsch ist. Es soll nicht Eigenkapital angehäuft werden, um darauf sitzen zu bleiben. Das gesparte Geld soll in grössere Projekte investiert werden. Bei solchen Investitionen ist das Budget zwangsläufig unter Null. Der GR hat mit seinen Anträgen die Sache in die richtige Richtung gelenkt. Der GR nimmt die Finanzsorgen des SR ernst und zeigt in einem breiten Katalog, wo welche Spielräume vorhanden sind. Der GR entscheidet nicht über den Kopf des SR hinweg, sondern lässt dem SR die Freiheit und Verantwortung und lässt den SR entscheiden. Die vorberatende Kommission ist bei der Komplexität sicher nötig. Es ist klar, dass es kein Runder Tisch sein wird, sondern ein Tisch mit Ecken und Kanten. Man geht aber davon aus, dass bei umstrittenen Fällen auch Varianten vorgelegt werden. Es ist nicht sinnvoll an der Effizienz rumzuschrauben. Die SP-Fraktion unterstützt die Anträge des GR. Das Problem der Terminplanung ist erkannt und kann diskutiert werden. Es muss zudem diskutiert werden, wann die Kommission gewählt wird.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass über Sinn und Unsinn der Verzichtsplanung bereits diskutiert wurde. Die GFL-Fraktion hat sich gegen die Verzichtsplanung gewehrt, wird sich aber nun bei der Umsetzung engagieren, um bei den Entscheidungen mitreden zu können. Das Mitglied der Kommission seitens der GFL-Fraktion ist bekannt. Die GFL-Fraktion unterstützt die Anträge der GPK.

Stadtrat Rauch Wilhelm ist mit der Einsetzung der Kommission einverstanden. Es gibt aber noch offene Fragen betreffend der Wahl der Kommission. An der GPK-Sitzung wurde seitens der Verwaltung erklärt, dass mit dem heutigen Beschluss die Kommission gewählt ist. Seines Erachtens ist dies nicht richtig. Gemäss Gemeindeordnung Artikel 50 regelt bei nichtständigen Kommissionen der Einsetzungsbeschluss unter anderem die Zusammensetzung der Kommission. Im Stadtratsreglement Artikel 35 steht, dass die nichtständigen Kommissionen auf Antrag der Fraktionen gewählt und konstituiert werden. Es braucht also im SR einen Wahlakt mit der Konstituierung der Kommission. Es ist notwendig, dass das Geschäft nochmals traktandiert wird. Bei der provisorischen Liste der vorgeschlagenen Kommissionsmitglieder ist zudem eine Person aufgeführt, die noch nicht im SR Einsitz hat. Ein weiteres Detailproblem ist, dass bei der nichtständigen Kommission gemäss SR-Reglement vorgesehen ist, dass dieses anstelle der GPK tritt. Bei der GPK ist vorgeschrieben, dass ein verwaltungsunabhängiges Sekretariat eingesetzt wird. Es stellt sich nun die Frage, ob dies nicht auch für die nichtständige stadträtliche Kommission gilt.

Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara teilt mit, dass bei der Terminplanung beachtet werden muss, dass einerseits die Kommission Verzichtsschwerpunkte festlegt und andererseits der Ablauf mit dem Budgetierungsprozess zusammenhängt. Je später die Sitzung stattfindet, je schwieriger kann es werden, die Verzichtsschwerpunkte auf 2008 umzusetzen. Es sind im SR unterschiedliche Erwartungen im Zusammenhang mit der Motion vorhanden. Die Motion verlangt ein ausgeglichenes Budget 2008. Der GPK-Sprecher hat aber nun erklärt, dass die Kommission nicht aufbiegen und brechen ein ausgeglichenes Budget erreichen, sondern den Bilanzfehlbetrag möglichst gering halten muss. Es handelt sich um eine grosse Differenz betreffend den Erwartungen. Der SR muss entscheiden, ob ein ausgeglichenes Budget 2008 erwartet wird oder erklären, was genau verlangt wird.

Gemeinderat Grimm Markus nimmt Stellung zum Votum von Stadtrat Rauch Wilhelm. Ein Ziel ist die Einsetzung der Kommission und, dass diese so rasch als möglich mit den Arbeiten beginnen kann. Da die Verzichtsvorschläge Budgetrelevant sind, kann man nicht mehr allzu lang warten. Die Fraktionen haben die Nominierungen vorbereitet. Es sollte heute Abend eine Lösung gefunden werden, um die Personen bereits zu nominieren, damit die Kommission bereits am 20. November 2006 ihre Arbeit aufnehmen kann. Es muss Zielorientiert gehandelt werden. Der SR wird gebeten, heute Abend eine Lösung zu finden.

Gemeinderat Kummer Hugo gibt betreffend dem erwähnten zeitlichen Problem zu bedenken, dass die Verwaltung mit einem grossen Aufwand und unter Zeitdruck den vorliegenden Bericht erstellen musste. Der SR soll daran denken, wie er nun unter Zeitdruck steht und was die Verwaltung leisten musste. Die Verwaltung hat eine riesige Übung gehabt, damit der Bericht heute vorgelegt werden konnte.

Stadtratspräsident Probst Andrea schlägt eine kurze Pause vor.

## Pause

Stadtratspräsident Probst Andrea teilt mit, dass die Anträge Punkt für Punkt behandelt und wenn nötig besprochen werden. Es ist richtig, dass Wahlen traktandiert werden müssen. Geschäfte, die nicht auf der Traktandenliste aufgeführt sind, können nur behandelt werden, wenn drei Viertel der anwesenden Mitglieder dies beschliessen. Allerdings hätte der SR dies bei der Genehmigung der Traktandenliste tun sollen. Die Mitglieder der Kommission sollen an der heutigen Sitzung bestellt und an der kommenden Stadtratssitzung gewählt werden. Die Kommission kann bereits tagen, da sie sowieso keine Beschlüsse fällt. Somit wäre dem rechtlichen Aspekt Rechnung getragen. Die SP-Fraktion soll ihre Mitglieder heute noch bekannt geben. Mit der Terminplanung ist der SR nicht einverstanden. Deshalb soll anstelle vom 22. Januar 2007 entweder der 26. Februar 2007 oder 26. März 2007 bestimmt werden. Es wäre sinnvoll, dem 26. Februar 2007 den Vorzug zu geben. Der Antrag des GR muss dem Antrag des Parlaments gegenübergestellt werden. Der GR signalisiert Einverständnis mit der Abänderung der Daten in den Anträgen.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass es ein Anliegen war, dass die Kommission so rasch als möglich arbeiten kann. Es ist egal, ob die Mitglieder der Kommission heute offiziell gewählt werden oder erst an der nächsten Sitzung. Wichtig ist, dass die Mitglieder ernannt sind und bereits ihre Arbeit in Angriff nehmen können. Die erste Zusammenkunft der Kommission am 20. November 2006 ist geregelt. Auf dieser Basis zieht die GPK ihre Anträge zurück.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, gibt folgende Mitglieder für die nichtständige stadt-rätliche Kommission Verzichtsplannung bekannt: Reusser Gabriele, Rüfenacht Andrea und Berger Stefan.

Stadträtin Mumenthaler Regina hat zu den vorgeschlagenen Namen der SVP einen Einwand. Dieser Einwand soll nicht erst bei der Wahl der Kommission erfolgen, da es dann zu spät ist. Bei der Diskussion wurde bemängelt, dass nicht bei allen Direktionen Sparvorschläge oder zumindest nicht im gleichen Mass gemacht worden sind. Es ist deshalb extrem heikel, wenn ein Mitglied der Kommission in der Verwaltung arbeitet. Es ist nicht ein gutes Vorgehen. Alle Direktionen sind von dieser Verzichtsplannung betroffen. Es kann nicht sein, dass eine Direktion anders behandelt wird. Die SVP wird gebeten, ein anderes Mitglied zu nominieren.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass der Einwand diskutiert und überlegt wird. Eine Stellungnahme dazu wird aber nicht an der heutigen Sitzung gemacht.

Abgeänderte Anträge des GR

1. Der Stadtrat heisst das vom Gemeinderat gewählte Vorgehen in zwei Schritten 2007 und 2008 gut.
2. Der Stadtrat setzt zur Vorbereitung der Verzichtsplanning nach Parteienproporz eine nichtständige stadträtliche Kommission „Verzichtsplanning“ von 11 Mitgliedern ein. Die Mitglieder werden von den Fraktionen bezeichnet (3 SP, 1 GFL, 1 EVP, 3 SVP, 3 FDP). Die Kommission organisiert sich selbst. Folgende Mitglieder sind für die nichtständige stadträtliche Kommission „Verzichtsplanning“ vorgeschlagen:  
 SP: Gabriele Reusser, Andrea Rüfenacht, Stefan Berger  
 GFL: Andrea Probst  
 EVP: Martin Aeschlimann  
 SVP: Bruno Rosser, Christoph Wyss, Remo Leibundgut  
 FDP: Véronique Bachmann, Martin Kolb, Adrian Muster
3. Die Kommission „Verzichtsplanning“ prüft die theoretischen Verzichtsmöglichkeiten und beantragt dem Stadtrat für die Sitzung vom 26. Februar 2007 Verzichtsschwerpunkte, in denen der Gemeinderat konkrete Verzichtsvorschläge für das Budget 2008 vorbereiten soll. Sie kann die ressortverantwortlichen Mitglieder des Gemeinderates sowie verantwortliche Mitarbeitende der Stadtverwaltung beiziehen.
4. Der Stadtrat beschliesst an seiner Sitzung vom 26. Februar 2007 die Verzichtsschwerpunkte, in denen der Gemeinderat konkrete Verzichtsvorschläge für das Budget 2008 vorbereiten muss.
5. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat mit dem Budget 2008 detaillierte Verzichtsvorschläge in den Verzichtsschwerpunkten vor.

**Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen die abgeänderten Anträge des Gemeinderates betreffend Verzichtsplanning 2008.**

**7. Voranschlag 2007**

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass Details zum Voranschlag 2007 im GPK-Protokoll nachzulesen sind. Die GPK-Stellungnahme wird in drei Punkte gegliedert. Erstens nach dem NPM-Anteil, zweitens den Voranschlag nach Zahlen und drittens der Finanzplan. Mit dem Voranschlag 2007 liegt zum zweiten Mal ein Budget auf NPM-Basis vor und ist mit dem Budget 2006 vergleichbar. Die inhaltlichen Strukturen sind im Vergleich zum Vorjahr verbessert worden. Die letztjährigen Verbesserungswünsche der GPK sind zum grösstenteil umgesetzt worden. Ein Inhaltsverzeichnis sowie Stichwortverzeichnis der Institutionen der Verwaltung und derer Produktezugehörigkeit sind vorhanden. Erschwerend kommt dazu, dass einige Produkte in andere Direktionen verschoben wurden und dies macht eine Vergleichbarkeit schwierig. Im Voranschlag 2007 sind noch keine Änderungen und Korrekturen bei den Wirkungs- und Leistungsziele und den Indikatoren gemacht worden, obwohl Verschiebungen stattgefunden haben. Dies hat die NPM-Schulung des SR vom 23. Oktober 2006 gezeigt. Bei der Produktgruppe 13 ergibt sich durch die Verschiebung deutlich andere Zahlen, aber ohne die Leistungs- oder Wirkungsziele zu betreffen. Im Rahmen des NPM-Dreiecks Leistung, Wirkung und Kosten weder logisch noch korrekt. Der GR hat dazu erläutert, dass es sich dabei um einen strategischen Entscheid handelt, weil keine Vergleichszahlen vorhanden sind. Dies wird sich erst ändern mit dem vorliegen des Geschäftsberichtes 2006. Die GPK akzeptiert diese Tatsachen, aber erwartet für den Voranschlag 2008, dass die Wirkungs- und Leistungsziele und Indikatoren überprüft und korrigiert werden. Im letzten Jahr hat die GPK gefordert, dass bei den Kommentaren zur Entwicklung der Produktegruppe im inhaltlichen Sinn eine Verbesserung anzustreben sei. Diese Forderung ist zum Teil erfüllt worden, aber an verschiedenen Orten sind sie noch verbesserungswürdig. Diverse Kommentare sind knapp, mangelhaft oder schwierig verständlich. Über die Zahlen im Budget wird Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara ausführlich informieren. An der GPK-Sitzung hat Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, ein weiteres Mal kompetent und überlegt Auskunft erteilt und dafür dankt ihm die GPK. Es hat sich aber gezeigt, dass für Produktspezifische Fragen die einzelnen Produkteverantwortlichen gefragt werden müssen. Es ist deshalb zu begrüssen, dass die einzelnen Produkteverantwortlichen an der heutigen Stadtratssitzung anwesend sind. Das Budget beinhaltet ein Defizit von 2.4 Mio. Franken. Das Defizit hat nichts mit NPM zu tun. Ein weiteres Mal haben sich die Erhöhungen der Abgaben an den Kanton auf das Budget ausgewirkt. Ebenso zugenommen haben die Personalkosten sowie die Unterhaltskosten von Liegenschaften und Strassen. Dank dem vorhandenen Eigenkapital kann sich die Stadt Burgdorf das Defizit leisten. Die Stadt Burgdorf kann 3.1 Mio. Franken investieren ohne sich neu zu verschulden. Die GPK empfiehlt einstimmig dem SR, den Beschlussesanträgen 1 bis 3 des GR zuzustimmen. Beim Finanzplan hat es noch eine Diskrepanz zum NPM-Reglement. Es müssen nun Konsequenzen gezogen werden. Entweder entspricht der Fi-

nanzplan dem NPM-Reglement oder dieses wird angepasst. Diese Anpassung müsste eigentlich im nächsten Jahr möglich sein.

Gemeinderätin Schütz Baumgartner Barbara orientiert, dass der SR heute das zweite NPM-Budget berät. Es ist also erst das zweite Mal, dass flächendeckend für die gesamte Stadtverwaltung nach NPM budgetiert wird. Für den SR, GR und die Verwaltung ist es immer noch eine grosse Herausforderung. Es wird sicher noch einige Zeit brauchen, bis alle genügend geschult und vertraut sind mit der neuen Art von Budgetierung. Es ist wichtig, dass wir diese Geduld und Zeit haben. Zudem liegt noch kein NPM-Rechnungsabschluss vor. Verschiedene Anregungen des SR vom letzten Jahr wurden umgesetzt. Die Verwaltung verfügt nun auch über ein neues PC-Programm, was Fehlerquellen gegenüber dem manuellen Erstellen erheblich reduziert. Der GR und die Verwaltung sind sich bewusst, dass weitere Verbesserungen gemacht werden müssen, wie zum Beispiel ausführlichere Kommentare zu den Entwicklungen der Produktgruppen. Anregungen werden gerne entgegen genommen. In der Detailberatung können zudem der GR sowie die anwesenden Mitarbeitenden aus der Verwaltung Fragen des SR beantworten. Für das laufende Jahr wurde ein Defizit von knapp 3 Mio. Franken und für das kommende Jahr noch eines von 2.4 Mio. Franken budgetiert. Das Defizit beträgt also Fr. 600'000.-- weniger als im Jahr 2006. Es sind auch weniger als bei der Prognose im letzten Finanzplan. Das Ergebnis entspricht den Erwartungen. Es ist nicht weiter erstaunlich und aussergewöhnlich, da die städtischen Aufgaben und Dienstleistungen grundsätzlich immer noch die gleichen sind wie im laufenden Jahr und den vergangenen Jahren. Es brauchte aber doch einige Anstrengungen, um auf dieses Ergebnis zu kommen. Die Direktionen mussten zum Beispiel die budgetierten Lohnmassnahmen durch Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten kompensieren. Das Budget 2007 weist keine grundsätzlichen Veränderungen der städtischen Aufgaben und der erbrachten Dienstleistungen auf. Die Kantonsabgaben steigen weiterhin überproportional. Es sind rund 2.4 Mio. Franken höhere Steuereinnahmen budgetiert worden gegenüber dem Budget 2006. Dies als Folge der regen Bautätigkeit in Burgdorf und der positiven Wirtschaftsprognosen. Es sind wiederum hohe Investitionskosten vorgesehen. Es wird mit netto Investitionen von rund 7.2 Mio. Franken gerechnet. Es sind insbesondere Investitionen in die Infrastruktur der Schulen, in die Sportanlagen und in die Hochwasserschutzmassnahmen geplant. Trotz der Finanzierungsdifferenz zwischen der Selbstfinanzierung und den Nettoinvestitionen von ca. 4 Mio. Franken gibt es nur eine geringe Neuverschuldung. Zurzeit sind genügend liquide Mittel vorhanden und das Defizit ist durch Eigenkapital gedeckt. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2005 rund 11 Mio. Franken. Der Aufgaben- und Finanzplan ist ein Prognoseinstrument des GR und wird dem SR zur Kenntnis gebracht. Dem GR ist bewusst, dass das NPM-Reglement noch angepasst werden muss. Die Reglementsänderung wird voraussichtlich an der Stadtratssitzung im Dezember traktandiert. Der Finanzplan prognostiziert auch in den kommenden Jahren Defizite in der Grössenordnung von 3 Mio. Franken. Während in den letzten Jahren Eigenkapital aufgebaut wurde, soll dieses in den nächsten Jahren eingesetzt werden. Es stehen hohe Investitionstätigkeiten an, wie zum Beispiel der Schulhausneubau Pestalozzi, der nicht über Jahre verteilt werden kann. Die vom Kanton vorgeschriebenen harmonisierten Abschreibungen belasten die laufende Rechnung übermässig. Falls die Entwicklung wie prognostiziert zutrifft, wird im Jahr 2010 das Eigenkapital aufgebraucht sein und ein Bilanzfehlbetrag von Fr. 600'000.-- resultieren. Der Finanzplan ist ein Prognoseinstrument und basiert auf Zukunftsannahmen. Der Finanzplan gibt den Trend an. Ob es wirklich zutreffen wird, werden wir sehen. Der Finanzplan wird jedes Jahr angepasst. Das oberste Ziel des GR ist ein Bilanzfehlbetrag zu vermeiden. Die Investitionen sind nötig und dafür können und sollen die vorhandenen finanziellen Mittel eingesetzt werden. Es geht schliesslich um die Lebensqualität der Bevölkerung und um den Standortwettbewerb. Den Standortwettbewerb gewinnt die Stadt Burgdorf nicht, indem sie das Eigenkapital hortet und dafür keine Schulräume oder Sportanlagen besitzt.

Stadtratspräsident Probst Andrea informiert über das weitere Vorgehen. Als erstes werden die Plädoyers der Fraktionen angehört und danach findet die Detailberatung statt. Der SR hat die Möglichkeit Anträge zu stellen oder schriftliche Parlamentserklärungen abzugeben sowie Fragen zu stellen. Am Schluss werden über die Anträge einzeln abgestimmt.

Stadträtin Mumenthaler Mirjam, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass der Voranschlag 2007 mit einem Aufwand von knapp 80 Mio. Franken und einem Aufwandüberschuss von 2.4 Mio. Franken zur Kenntnis genommen wird. Die Selbstfinanzierung beträgt rund 3 Mio. Franken. Leider wird sich dadurch, wenn die Rechnung mit dem Budget übereinstimmt, das Eigenkapital um 2.4 Mio. Franken verringern. Die Finanzkennzahlen der Jahre 2008 bis 2010 sprechen für eine sorgfältige Finanzplanung. Bei einem hohen Investitionsanteil für die nächsten Jahren werden der Selbstfinanzierungsgrad und der Selbstfinanzierungsanteil sinken und die Bruttoverschuldung zunehmen. Wenn die Finanzpläne der letzten Jahre verglichen werden, wird erkannt, wie schwierig es ist längerfristige Prognosen zu stellen. Der SR muss sich dessen bewusst sein und mit einer verantwortungsvollen Sachpolitik

mithelfen, dass die Stadt Burgdorf kurz- und langfristige Investitionen tätigen kann. Erfreulich ist die Stellenaufstockungen in den Bereichen Jugend und Schulsozialarbeit sowie den ausserfamiliären Betreuungsangebote. Der GR zeigt hier deutlich, dass nicht nur geplant, sondern auch gehandelt wird. Die GFL-Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass der Steuersatz von 1,63 des gesetzlichen Einheitsansatzes auf Einkommens-, Vermögens- und Grundstückgewinnsteuern belassen werden soll. Im weiteren unterstützt die GFL-Fraktion die weiteren Anträge auf der Seite 5 des Voranschlages 2007. Die GFL-Fraktion dankt den Verantwortlichen der Informationsveranstaltung vom 23. Oktober 2006 für die interessanten Ausführungen. Es hat sich wieder einmal gezeigt, wie Geld die Politik beeinflusst und umgekehrt. Ebenfalls wird der Finanzdirektion für ihre sorgfältige und transparente Arbeit gedankt.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, informiert, dass man sich mit dem zweiten Voranschlag nach NPM-Grundsätzen auseinander gesetzt hat und wird diesem zustimmen. Für die Arbeit, welche zur Erstellung dieses Voranschlages nötig war, wird der Verwaltung, im speziellen der Finanzdirektion, gedankt. Burgdorf muss und soll weiter in die Entwicklung der Stadt investieren um für Neuzugänger, Gewerbe oder auch als Schulstandort, insbesondere die Fachhochschule, ein attraktiver Standort zu bleiben oder sich noch attraktiver gestalten zu können. Weiter ist erfreulich, dass das Unterhaltsbudget für Liegenschaften und Strassen im Vergleich zum Voranschlag 2006 wieder erhöht wurde. Sparen wir beim Unterhalt, werden wir die Rechnung dafür später präsentiert bekommen. Die stetig zunehmend höheren Abgaben an den Kanton, welche sich nur teilweise beeinflussen lassen, verursachen nicht nur in diesem Voranschlag Mehrkosten, sondern werden auch in den kommenden Jahren die Voranschläge belasten. Die Übersichtlichkeit des Voranschlages hat uns teilweise gefehlt. So fehlen sinnvolle Kommentare, weshalb ein Saldo in einem Produkt beispielsweise massiv steigt oder sinkt. In der anschliessenden Diskussion werden dazu noch Fragen gestellt. Der nächste Voranschlag soll mehr Klarheit bringen und die bemängelten Punkte korrigiert werden. Mit Blick auf den Finanzplan müssen die in den kommenden Jahren fälligen Investitionen gut geplant und abgewogen werden. Die SP-Fraktion will aber die vom GR vorgeschlagene Legislatur der Investitionen umsetzen und in die Zukunft von morgen investieren. Die Sorge über einen allfälligen Bilanzfehlbetrag ist angesichts der guten finanziellen Situation von Burgdorf nicht aktuell, doch der Verantwortung müssen wir uns bewusst sein und ein wachsames Auge auf die kommenden Finanzpläne halten.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass dem Voranschlag 2007 zugestimmt wird. Im laufenden Jahr konnten erstmals NPM-Erfahrungen gesammelt werden. Der Wissensstand ist bedeutend besser als noch vor einem Jahr. Im letzten Jahr sind viele Anträge von Seite der Bürgerlichen eingereicht worden. Leider konnten nicht alle Ideen umgesetzt werden. Es ist besser aktiv als passiv zu sein. Immerhin wurde der Vorstoss zur Senkung der Kosten im Stadtmarketing überwiesen. Im Voranschlag 2007 hat dieser Vorstoss bereits seine Spuren hinterlassen. Es ist klar, dass der Bilanzfehlbetrag im Jahr 2010 vermieden werden muss. Deshalb muss der Sparhebel bereits jetzt angesetzt werden. Die Verzichtplanung ist absolut richtig. Das Eigenkapital soll für die anstehenden Investitionen eingesetzt werden. Das Hauptziel ist die Überarbeitung des Leistungskatalogs der Stadt Burgdorf, bevor die geplanten Investitionen getätigt werden. Mit Genugtuung wird zur Kenntnis genommen, dass die Änderung im NPM-Reglement zum Finanzplan von 3 statt 4 Jahre läuft. In der Detailberatung der Fraktion sind einige Fragen aufgetaucht. Der Verwaltung wird für die geleistete Arbeit gedankt. Die Unterlagen waren übersichtlich. Es ist klar, dass weitere Verbesserungen möglich sind und der erste Geschäftsbericht abgewartet werden muss. Für das nächste Budget müssen insbesondere die Leistungsziele überarbeitet werden. Die FDP-Fraktion beantragt Eintreten und Annahme des Voranschlages 2007.

Stadtrat Baumann Walter, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass viel in die Zukunft geschaut wurde. Die SVP-Fraktion möchte zum vorliegenden Voranschlag Stellung beziehen. Es wird Herr Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, für die Arbeit gedankt. Die Umsetzung des Zahlenblocks hat fasziniert. Es steckt viel Arbeit dahinter. Beim Textblock der Direktionen sind gewisse Verbesserungen nötig. Bei den einleitenden Seiten des Voranschlages sind gewisse Äusserungen gemacht worden, welche stören. Diese Äusserungen sollen in Zukunft etwas weniger salopp formuliert werden. Beim Lohnsystem steht zum Beispiel, dass mindestens 2% nötig sind damit es konzeptionell stimmt. Das ist zwar schön, aber manchmal ist es in der Wirtschaft nicht möglich alle Konzepte umzusetzen. Es ist klar, dass Fehler unvermeidlich sind, aber es fragt sich wie viel Aufwand betrieben werden soll. Auf die Formulierungen soll in Zukunft besser geachtet werden. In den einleitenden Seiten wird von dem unbeeinflussbaren Aufwand gesprochen. Der Lastenausgleich bedeutet nicht nur unvermeidbare Ausgaben. Es sind gewisse Korrekturen möglich. Die Gemeinden sind zu einer gewissen Disziplin aufgefordert. Bei der Formulierung der unvermeidbare Kosten muss man vorsichtig sein. Die Änderung der Planjahre von 4 auf 3 Jahre wurde bereits erwähnt. Es ist allen klar, dass NPM grössere Anforderungen stellt. Beim

Voranschlag sind die Zahlen sauber dargestellt, aber die Kommentare müssen verbessert werden. Es ist schade, dass die Operatoren nicht mehr dargestellt werden können. Die Wirkungs- und Leistungsziele sowie die Indikatoren wurden nicht angepasst. Die SVP-Fraktion wird sich deshalb auf die genehmigte Verzichtsplannung konzentrieren. Das Budget ist verbesserungswürdig. Das Budget wird genehmigt.

Stadtrat Grimm Thomas, namens der EVP-Fraktion, dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Beim vorliegenden zweiten NPM-Budget kann nicht erwartet werden, dass alles bereits verglichen werden kann. Um Vergleiche anzustellen, braucht es rund fünf Jahre. Bei der Produktgruppe Stadtmarketing wurden zum Beispiel gewisse Sachen verschoben und deshalb sind Vergleiche schwierig. Die EVP-Fraktion ist der Ansicht, dass am Budget nicht herumgeschraubt werden soll. Zu diesem Zweck hat der SR die Möglichkeit der parlamentarischen Interventionsinstrumente während dem Jahr. Die Stadt Burgdorf hat im Moment eine gute Finanzlage. Dem Voranschlag 2007 wird zugestimmt.

#### DETAILBERATUNG

(Seiten ohne Bemerkungen werden nicht aufgeführt.)

#### Seite 57

Stadtrat Berger Stefan möchte zur Produktgruppe *30 Verkehrssicherheit* zu den Produkten *3000 Unfallverhütung* und *3010 Verkehrsregelung* wissen, warum der Saldo die kleineren Kosten aufweist bei gleich bleibenden Wirkungs- und Leistungszielen.

Herr Moser Paul, Leiter Einwohnerdirektion und Sicherheitsdirektion, informiert, dass es sich um Phänomen bei der Budgetierung handelt. Die Budgetierung 2006 erfolgte aufgrund von Kostenschätzungen. Es war schlecht möglich, bei sämtlichen Produkten alle vorhandenen Tätigkeiten richtig zuzuweisen. Die alten Produktgruppen und Produkte mussten teilweise neu verteilt und verschoben werden. Bei der Budgetierung für das Jahr 2007 konnte man aufgrund der Rechnung des ersten halben Jahres 2006 bereits erste Erfahrungen sammeln. Gestützt auf diese Erkenntnis wurde das Budget 2007 geändert und angepasst. Ein grosser Mehraufwand ist beim Produkt *3100 Sicherheit der Bevölkerung* zu verzeichnen wegen der Umsetzung zu Police Bern.

Stadtratspräsident Probst Andrea informiert, dass der SR den Finanzplan 2008 bis 2010 zur Kenntnis nimmt. Der SR kann zum Finanzplan Fragen stellen.

Seitens des SR werden zum Finanzplan keine Bemerkungen gemacht oder Fragen gestellt.

#### Beschlussesanträge

1. Für das Jahr 2007 sind die folgenden Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) Auf Einkommens-, Vermögens- und Vermögensgewinnsteuern das 1,63-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
  - b) Eine Liegenschaftssteuer von 1 Promille des amtlichen Wertes;
  - c) Die Nachsteuern;
  - d) Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert das 0,125-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes.

**Der Stadtrat genehmigt mit 39 Ja Stimmen den Antrag 1.**

2. Der Voranschlag mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'391'925.-- wird genehmigt.

**Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen den Antrag 2.**

3. Die Hundetaxe wird auf Fr. 100.-- pro Hund festgesetzt (AHV- und IV-Berechtigte, die in bescheidenen Verhältnissen leben, bezahlen auf Gesuch hin Fr. 30.-- pro Hund).

**Der Stadtrat genehmigt mit 38 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag 3.**

---

## 8. Kreditabrechnungen

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Berger Stefan findet es schön, dass die Sanierung vom Freibad gut geklappt hat und der Kredit nicht ganz ausgeschöpft wurde. Allen Beteiligten wird für ihre Arbeit gedankt.

### a) Friedhof, Bereitstellen von Gräberfeldern III. Abteilung, 2. Bauetappe

Beschlussesantrag des Gemeinderates:

Die Kreditabrechnung für die Bereitstellung von Gräberfeldern in der III. Abteilung, abschliessend mit einem Kostenaufwand von Fr. 148'449.80 und Minderkosten von Fr. 31'550.20, wird genehmigt.

### a) Freibadsanierung

Beschlussesantrag des Gemeinderates:

Die Kreditabrechnung der Freibadsanierung wird bei Aufwendungen von Fr. 5'159'433.40, einer Kreditunterschreitung von brutto Fr. 180'566.60 und einer Belastung der Stadt von netto Fr 4'437'155.70 genehmigt.

**Der Stadtrat genehmigt mit 38 Ja Stimmen bei 1 Abwesenheit die beiden Kreditabrechnungen.**

---

## 9. Auftrag der SVP / FDP betreffend Nutzungskonzept Schloss; Diskussion und Beschlussfassung

Stadtrat Berger Stefan, namens der GPK, teilt mit, dass sich die GPK anlässlich ihrer Sitzung vom 18. Oktober 2006 mit dem Auftrag SVP / FDP betreffend Nutzungskonzept Schloss auseinander gesetzt hat. Die GPK beantragt dem SR einstimmig bei einer Abwesenheit den Auftrag abzulehnen. Das Schloss ist ein kulturhistorisches wertvolles Objekt und ein jahrhundertealtes Wahrzeichen von Burgdorf. Wer Burgdorf kennt, kennt auch das Schloss und vice versa. Die Nutzung ist seit Jahrhunderten mehrheitlich gleich geblieben und beherbergt heute Teile der kantonalen Verwaltung und der Justiz sowie diverse Museen. Die heutige Nutzung wird sich mit dem Auszug der kantonalen Verwaltung und der Justiz vermutlich in den nächsten 10 Jahren komplett ändern. Deshalb macht es Sinn, sich bereits heute zu einer kommenden Nutzung Gedanken zu machen und sich entsprechend vorzubereiten. Ein erster Schritt dazu wurde mit dem Verfassen des Berichts zur Ausgangslage Schloss Burgdorf eingeleitet und abgeschlossen. Der vorliegende Bericht, welcher dem SR an der Infoveranstaltung dieses Jahres präsentiert wurde, zeigt den aktuellen Stand ausgezeichnet auf und dient als solide Grundlage für weitere Arbeiten. Als nächster Schritt müssen nun, wie im Bericht auch aufgeführt ist, weitere Grundlagen erarbeitet werden. Neben dem bestehenden Konzept des Mittelalterkompetenzzentrums müssen weitere Ideen entwickelt werden. Dazu sind verschiedene interne und externe Fachleute aus den verschiedenen Bereichen wie Tourismus, Kultur, Gastgewerbe, Vereine, Verwaltung, usw. einzuladen, welche nach einer Besichtigung der Unterlagen und des Schlosses mögliche Nutzungsideen skizzieren und in der Arbeitsgruppe deponieren. Basierend auf der Gesamtheit dieser Idee können nun verschiedene Nutzungsmixes miteinander verglichen und mögliche Synergien erarbeitet werden. Erst auf dieser Basis sollte anschliessend das vertiefte Nutzungskonzept mit Klärung von Fragen wie Betriebskonzept, Trägerschaft, Erschliessung, Unterhalt der Gebäude und des Aussenraums, usw. in Angriff genommen werden. Die GPK erwartet vom GR in diesem Sinne das Nutzungskonzept Schloss im nächsten Jahr gemäss Investitionsplan weiterzuführen und den SR an einer Informationsveranstaltung im Laufe des kommenden Jahres über die unternommenen Schritte, sowie einer möglichen Nutzung des Schlosses zu informieren.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP- und FDP-Fraktion, informiert, dass sich die Ausgangslage geändert hat. Die Ausführungen der GPK werden zur Kenntnis genommen. Der Auftrag wird deshalb zurückgezogen. Die weitere Planung und Finanzierung wird aufmerksam verfolgt. Der SR soll zu gegebener Zeit über den Stand der Dinge informiert werden.

**Der Auftrag wird zurückgezogen.**

---

---

## **10. Auftrag Dieter Haller und Mitunterzeichnende betreffend ein aktives Wohnortsmarketing für die Zielgruppe Familie**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz teilt mit, dass das Wohnortsmarketing gemäss Standortstrategie 1. Priorität hat. Für das Jahr 2006 war es das Ziel, den Bereich Neuzuzüger aufzugleisen. Die Arbeiten an einer neuen, informativen Neuzuzügerbroschüre stehen kurz vor dem Abschluss. Für 2007 und 2008 ist der Einstieg in ein zielgruppenorientiertes Wohnortsmarketing vorgesehen. Aufgrund der Voraussetzungen in Burgdorf bieten sich vorerst die zwei Zielgruppen Familien und Senioren an. Im Rahmen der Informationsveranstaltung für den SR vom 21. August 2006 hat Herr Rupp Marco von der Firma eoptima verschiedene Datengrundlagen im Bereich Wohnen für Burgdorf präsentiert. Er sieht für Burgdorf die grössten Chancen im Bereich Wohnen für die Zielgruppe Familien und Senioren. Dies entspricht auch der eigenen Einschätzung der Leiterin Stadtmarketing. Der Auftrag unterstützt die bereits in Angriff genommenen Planungen. Einige Vorarbeiten sind schon mit dem Bericht „Familienergänzende Angebote in Burgdorf“ geleistet worden. Ziel wäre es jetzt für 2007, die anderen Bereiche zu ergänzen, Stärken und Schwächen herauszuarbeiten, die Zusammenarbeit mit Immobilienmaklern und Investoren zu suchen und konkrete Massnahmen zu entwickeln. Der Auftrag nennt als Ziel, das Angebot für Familien darzustellen sowie ein Marketing von Burgdorf als Familienstadt aufzubauen und zu pflegen. Beide Ziele sind sinnvoll und der Zeitrahmen realistisch. Eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau und die Pflege eines Marketings als Familienstadt sind jedoch ausreichende finanzielle Mittel. Zudem zieht die Positionierung als Familienstadt mittel- bis langfristige Investitionen im Bildungsbereich, Jugendbereich und Stadtgestaltung nach sich. Nur wenn Burgdorf ein halbwegs attraktives Angebot bietet, kann dieses auch glaubhaft vermarktet werden.

Stadtrat Haller Dieter orientiert, dass seit der letzten NPM-Schulung klar ist, dass Aufträge, welche die Kompetenzen des GR betreffen, den Charakter einer Richtlinie haben. Trotzdem möchte er die Hintergründe zum eingereichten Auftrag erläutern. Die Selbstdarstellung der Stadt Burgdorf als Familienstadt soll gefördert werden. Die Stadt Burgdorf hat als ländliche Kleinstadt mit guten Infrastrukturen in Bildung und Freizeit sowieso einen gewissen Reiz für Familien. In den letzten Jahren hat sich Burgdorf weiter entwickelt, wie zum Beispiel bei den familienergänzenden Betreuungsangeboten. Im Bereich Jugendraum konnte zwar noch keine Lösung gefunden werden, aber Burgdorf ist auf gutem Weg. Zudem stehen in der nächsten Zeit einige grosse und wichtige Investitionen an. Die Darstellung als geeigneter Familienwohntort von Burgdorf fehlt. Die nötigen Informationen muss man selber suchen. Die Stadt Burgdorf erzielt eine grössere Wirkung, wenn die Direktionen zusammenarbeiten würden. Die Stadt Burgdorf als Familienstadt muss nach aussen getragen werden. Das Image der Stadt Burgdorf ist ein bisschen negativ. Es ist schwierig, ein positives Image nach aussen aufzubauen. Es braucht ein professionelles Marketing. Es geht auch um die Stärkung des Stadtmarketings. Das Stadtmarketing ist in vielen Bereichen tätig. Der Auftrag soll ein Anstoss geben, um Schwerpunkte zu setzen. Das Stadtmarketing soll sichtbarer und fassbarer werden.

**Der Auftrag wird einstimmig vom Stadtrat an den Gemeinderat überwiesen.**

---

## **11. Dringliche Interpellation Christoph Grimm, GFL, betreffend Informationsfluss Gemeinderat - Grossrat**

Stadtrat Grimm Christoph teilt mit, dass es wichtig ist, dass die offizielle politische Meinung der Stadt Burgdorf im Grossrat bekannt ist. Das heisst aber nicht, dass den Mitgliedern des Grossen Rates diktiert wird, was dieser abzustimmen hätte. Es sind viele anstehende Geschäfte des Kantons im Grossrat, welche die Stadt Burgdorf direkt betreffen. Ist sich der GR bewusst, dass 10 Personen der Gesamtregion Burgdorf im Grossrat vertreten sind? Es ist wichtig, dass die Mandatsträger die Informationen direkt erhalten und nicht über Umwege. Es ist wichtig, dass der SR auch weiss, wie mit den Mandatsträgern kommuniziert wird. Die Bevölkerung soll ebenfalls über die Kommunikation zwischen GR und Grossrat informiert werden. Stadtrat Grimm Christoph ist vor allem auf die Antwort des GR zur Frage 4 gespannt.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz orientiert, dass der GR ganz gezielt informiert, je nach Geschäft und seiner Bedeutung. Der GR geht zudem davon aus, dass die Grossratsmitglieder als Einwohner der Stadt sich auch aus eigenem Interesse über die städtischen Anliegen informieren und auf dem

Laufenden halten. In den vergangenen Jahren konnte die Stadt ihre Anliegen im Grossen Rat gut einbringen. Es sind jedenfalls keine Fälle bekannt, bei denen die Stadt unterlegen wäre, weil die kantonalen Ratsmitglieder nicht gut genug informiert gewesen wären. Zudem betreffen im Grossen Rat nur wenige Geschäfte die Stadt direkt und spezifisch. Es hat sich deshalb bewährt, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob gemeinsame Vorbesprechungen beziehungsweise gezielte Informationen eine Entscheidungsfindung im Sinne der Stadt unterstützen würden. Dies war beispielsweise beim Projekt Zufahrt Emmental oder der Bezirksreform der Fall. Der Informationsaustausch findet in der Regel über ganz unterschiedliche Kanäle und situativ statt. Normalerweise genügen direkte persönliche Kontakte zwischen Gemeinderats- und Grossratsmitgliedern oder unten den Grossratsmitgliedern auch anlässlich der Sessionen. Bei besonders wichtigen Geschäften wie beispielsweise dem Projekt Zufahrt Emmental rechtfertigen sich weitergehende Massnahmen zur Verbesserung des Informationsflusses. Im erwähnten Beispiel organisierte der Stadtpräsident für die Grossratsmitglieder der betroffenen Region regelmässige Treffen in Burgdorf, um eine gemeinsame Stossrichtung zu finden. Die Beteiligung an diesen Treffen war erfreulich, solange das Thema aktuell war. Der Versuch, diese Treffen als festen Bestandteil des allgemeinen Informationsflusses ohne besonderes Traktandum fortzusetzen, scheiterte jedoch angesichts der vollen Terminkalender der Beteiligten rasch. Der Informationsfluss wird situationsbezogen gepflegt und gefördert. Fix vereinbarte regelmässige Treffen ohne besonderen Anlass haben sich nicht bewährt. Die Grossratsmitglieder sind terminlich meist stark belastet. Im Grossen Rat vertreten sie nicht primär die Anliegen der Stadt, sondern ihre eigenen Überzeugungen und die Positionen ihrer Parteien. Ohne wirklich dringendes Besprechungsthema besteht deshalb kein Bedarf für regelmässige Treffen. Soweit wichtige Anliegen der Stadt oder Region im Grossen Rat behandelt werden, will der GR die Grossratsmitglieder wie bisher situativ und gezielt angehen. Zudem sollte der Informationsfluss zwischen GR und Grossratsmitgliedern gegenseitig gepflegt werden, das heisst es ist auch eine Aufgabe der Grossratsmitglieder, sich die nötigen Informationen zu beschaffen.

**Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.**

---

## **12. Interpellation Thomas Grimm, EVP, betreffend „Der Auftritt der Stadt Burgdorf an der MUBA 2006“**

Stadtrat Grimm Thomas orientiert, dass die MUBA bereits einige Monate zurückliegt. Vielleicht haben einige den Stand der Stadt Burgdorf an der MUBA besucht. Es ist grundsätzlich gut, dass sich die Stadt Burgdorf an einem solchen Anlass präsentiert. Stadtrat Grimm Thomas war aber mit dem Stand nicht zufrieden und deshalb hat er die Interpellation eingereicht. Der Wortlaut und die Fragen sind klar.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz informiert, dass die Messeleitung am 9. März 2005 bei Herr Neukomm Kurt schriftlich angefragt hat. Dieser leitete die Anfrage an die Stadt weiter. Nach diversen Abklärungen mit möglichen Partnern fällte der GR am 4. Oktober 2005 den Entscheid über die Teilnahme der Stadt. Am 17. Oktober 2005 wurde mit der Planung des MUBA-Projektes begonnen. Auf Messen mit einem Zielpublikum wie bei der MUBA weckt man nur mit konkreten Angeboten ein Interesse, einen Anknüpfungspunkt. Allgemeine Imagewerbung funktioniert nicht. Burgdorf wollte sich im Rahmen des Emmentals als einer der Partner präsentieren und dem Museum Franz Gertsch, dem Museum im Schloss, den Burgdorfer Krimitage sowie der Stadthaus Group eine Plattform bieten, um für ihre Angebote zu werben. Vorrangiges Anliegen war die Koordination der Partner. Eigene Angebote waren nicht geplant. Keiner der Partner hätte eine eigene Standpräsenz garantieren können. Das Stadtmarketing hat hier unterstützt. Denn ohne die Zusage von Burgdorf wäre der Gemeinschaftsstand Emmental nicht zustande gekommen. Da die Vermarktung in Zukunft noch enger mit dem Emmental zusammen geschehen wird, ist die Teilnahme an der Gemeinschaftswerbung auch in der Pilotphase wichtig. Somit bezweckt der GR, MUBA-Besucher mit ganz konkreten Angeboten zu einem Ausflug nach Burgdorf und ins Emmental zu animieren. Vorgesehen waren Fr. 3'000.-- für den Messeauftritt ohne Standmiete, Nebenkosten und eigenen Personalkosten. Der tatsächliche Aufwand betrug Fr. 3'396.70. Darin enthalten ist die Unterstützung der Präsentation der Partner (Materialkosten, Container sowie Fahrtkosten der Standbetreuer). Nicht enthalten sind die Kosten für die verteilten Prospekte und Give-Aways, da es sich um langfristig genutzte Werbemittel handelt. Jeder Partner, Stadthaus-Group, Schlossmuseum, Völkerkundemuseum, Burgdorfer Krimitage, war für seinen Auftritt selber verantwortlich. Die Koordination des Auftritts erfolgte durch die Leiterin Stadtmarketing. Die Teilnahme wurde nachträglich nach folgenden Kriterien ausgewertet: Anzahl Kontakte, eingelöste Gutscheine, erfolgte Buchungen, Presseberichten, verteilte Prospekte, Besucher Hörkrimi und Teilnehmer des Wettbewerbs. Der Auftritt fand insgesamt gute Beachtung. Darüber und über das Me-

dienecho wurde der SR bereits schriftlich informiert. Andere Kriterien wie eingelöste Gutscheine und erfolgte Buchungen werden im Laufe dieses Jahres von den Partner ausgewertet. An Messen dieser Grössenordnung wird Burgdorf nicht alleine teilnehmen. Die weiteren Auftritte hängen einerseits vom Gesamtkonzept der Vermarktung des Emmentals und andererseits vom Engagement der Burgdorfer Leistungsanbieter ab. Der Auftritt an der MUBA war die erste Gemeinschaftsaktion dieser Art. Hier wird man optimieren. Anzustreben ist ein professioneller Gemeinschaftsstand des gesamten Emmentals mit einem einheitlichen Konzept. Dessen Realisierung wird von den finanziellen Möglichkeiten der Partner abhängen.

**Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.**

### **13. Interpellation Thomas Grimm, EVP, betreffend „Burgdorf active since 1175 – wie lange noch?“**

Stadtrat Grimm Thomas informiert, dass der Wortlaut und die Fragen klar formuliert sind.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz orientiert, dass die Städte Langenthal, Burgdorf und Langnau eine gemeinsame Strategie für die zukünftige Verteilung der kantonalen Institutionen und Einrichtungen im neuen Bezirk entwickeln. Im Vordergrund stand eine möglichst faire und zweckmässige Verteilung. Die einvernehmlich gut geheissene Verlegung des Statthalteramtes nach Langnau macht Sinn, weil vor allem die kleineren Gemeinden ohne ausgebaute eigene Verwaltung auf diese kantonalen Dienstleistungen angewiesen sind. In Burgdorf verbleiben dafür verschiedene andere wichtige Bereiche wie Gericht und Steuern. Bei der Frage 2 verweist der GR auf seine Antwort vom 19. Juni 2006 zur Interpellation der FDP betreffend Leitungsausweis des Stadtmarketing. Die Interpellantin war mit der Antwort zufrieden. Der GR beschränkt sich auf die eigentliche Fragestellung betreffend Massnahmen und verzichtet auf eine Stellungnahme zur Wertung Wunschenken des Interpellanten. Da nur noch wenige Gewerbeflächen zur Verfügung stehen, gibt es keine gezielte Ansiedlungswerbung. Der GR sieht seine Aufgabe vielmehr darin, die Rahmenbedingungen für das Gewerbe zu optimieren. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Halten der ansässigen Betriebe. Die aktuelle Unternehmensbefragung wird wertvolle Hinweise zu konkreten Anliegen der Unternehmen liefern. Auf dieser Basis wird das Konzept für die nächsten Jahre entwickelt. Wichtige Impulse für Handel und Dienstleistungen wird die Entwicklung des ESP Bahnhof geben. Interessenten werden durch das Stadtmarketing und die Stadtentwicklung betreut. Sie stellen die Kontakte zur Bürgergemeinde sowie zu Maklern und privaten Grundeigentümern her und begleiten die Interessenten auf dem Weg durch die Instanzen. Einen wichtigen Beitrag an optimale Rahmenbedingungen leistet die neue baurechtliche Grundordnung. Wie am Beispiel Buchmatt ersichtlich wurde, sichert sie für Industrie und Gewerbe unter anderem angemessene Bodenpreise und verhindert eine Preisexplosion durch zonenfremde Nutzungen. Den örtlichen KMU ermöglicht dies, weiterhin Land für ihre Entwicklung zu erschwinglichen Preisen zu erwerben.

**Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Der Interpellant erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.**

### **14. Interpellation Patrizia Zurbrügg (FDP, JF) betreffend Musik auf dem Hofstattplatz an der Solätte**

Stadträtin Zurbrügg Patrizia möchte wissen, warum an der Solätte die Musik bereits um Mitternacht abgeschaltet werden muss und dies bei anderen Veranstaltungen anders gehandhabt wird.

Gemeinderätin Rechner Beatrix informiert, dass im Archiv des Polizei-Sekretariats festgestellt wurde, dass bereits im Jahr 1993 ein bewilligtes Konzert auf dem Hofstattplatz die Auflage hatte, um 24.00 Uhr zu enden. In den folgenden Jahren von 1994 bis 2000 wurde die Bewirtung an der Solätte um 02.30 Uhr eingestellt. Per Gemeinderatsbeschluss vom 7. Mai 2001 wurde erstmals versuchsweise eine lokale Freinacht, welche nur die Bewirtung betrifft, bewilligt. In dieser Sitzung diskutierte der Rat ebenfalls über eine Verlängerung der Musik im Freien. Davon wurde jedoch wegen dem Lärm abgesehen. Die für die Bewilligungsbehörde zuständige Gemeinderätin ist der Ansicht, dass am Solätte-Abend die Musik versuchsweise bis 01.30 Uhr bewilligen könnte. Da es sich um das grösste traditionelle Fest in Burgdorf handelt, sollte eine gewisse Toleranz von der Bevölkerung erwartet werden dürfen. Der GR hat beschlossen, die Bewilligung beim der Solätte wie die anderen Anlässe zu hand-

---

haben. Das heisst, weiterhin eine lokale Freinacht und die Musik im Freien bis 00.30 Uhr mit 93 dB und ab 00.30 Uhr bis 03.30 Uhr mit 80 dB. Es gibt verschiedene Kriterien betreffend der Lärmbelastung. Der Standort spielt eine Rolle. Die Lärmbelastung der Anwohnerschaft unterscheiden sich im wesentlichen, ob dieser auf dem Kronenplatz oder Schützenmatt stattfindet. Die Lautstärke und Dauer der Musik im Wohngebiet wird restriktiver bewilligt als im offenen Gelände ohne direkte Anwohnerschaft. Um nicht immer die gleichen Anwohner den Lärmbelastungen auszusetzen, sind die Anzahl Anlässe pro Standort limitiert. Traditionelle Anlässe in Burgdorf werden von der Verwaltung mit viel mehr Toleranz behandelt und normalerweise von den Bürger mit Verständnis akzeptiert.

**Der Vorstoss wurde begründet und vom Gemeinderat beantwortet. Die Interpellantin erklärt sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.**

---

### 15. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es wird folgender Parlamentarischer Vorstoss eingereicht:

- Interpellation Gabriela Rutschmann, SP, betreffend Information zum Kehrriech an die mehrsprachige Bevölkerung

Der Vorsitzende informiert über die Demissionen der Stadträtin Zurbrügg Patrizia sowie Stadtrat Gilomen Heinz und Stadtrat Buschor Daniel per 31. Dezember 2006. Zudem teilt er mit, dass für den Schlummertrunk im Stadthaus reserviert ist.

Stadtrat Leibundgut Remo nimmt Stellung zum Votum von Stadträtin Mumenthaler Regina betreffend der SVP-Nomination von Stadtrat Rosser Bruno in die nichtständige stadträtliche Kommission Verzichtplanung. Sie verlangt somit gemäss Gemeindeordnung Artikel 9 und SR-Reglement Artikel 11 sinngemäss den Ausstand von Stadtrat Rosser Bruno. Die vorgebrachten Gründe fallen jedoch nicht unter diese Bestimmungen. Ansonsten dürfte Stadtrat Rosser Bruno auch nicht im SR tätig sein. An der Nomination von Stadtrat Rosser Bruno in die nichtständige stadträtliche Kommission Verzichtplanung wird festgehalten.

---

Schluss der Sitzung: 21.50 Uhr

---

#### NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll

Burgdorf, 30. November 2006 / hbr

Andrea Probst

Brigitte Henzi